

Kapitalismus oder soziale Marktwirtschaft?

Zwei prominente Katholiken aus der Erzdiözese Paderborn, ein Erzbischof und ein CDU-Politiker, haben im Herbst 2008, unmittelbar bevor die Turbulenzen auf den Finanzmärkten ein globales monetäres und soziales Erdbeben auslösten, ein leidenschaftliches Bekenntnis zur Freiheit und Eigenverantwortlichkeit des Menschen in der Wirtschaftsgesellschaft abgelegt. Der eine folgert daraus, daß ein wild gewordener Kapitalismus um der Gerechtigkeit willen durch die soziale Marktwirtschaft gezähmt, der andere im Kontrast dazu, daß der Kapitalismus gerettet werden müsse, weil es ohne ihn keine soziale Gerechtigkeit gebe.

Die vergleichende Lektüre der beiden Bücher – von Reinhard Marx: „Das Kapital“¹ und von Friedrich Merz: „Mehr Kapitalismus wagen“² – mündet zuerst in eine Sprachlosigkeit, die schnelle Urteile ausbremst. Denn zu groß sind die Unterschiede. Zwar beziehen sich beide auf eine Studie der Bertelsmannstiftung von Anfang 2008, nach der 73 Prozent der Befragten darüber klagen, daß die Verhältnisse in Deutschland ungerecht seien. Der Bischof sieht darin einen Reflex der wirtschaftlichen Machtverschiebung zugunsten der Kapitaleigner, die in den Zeiten der Globalisierung bei den Arbeitnehmern entwickelter Länder Sozialabbau und Lohnverzicht durchsetzen, während Armut und Hunger in den am wenigsten entwickelten Ländern zunehmen. In einem einleitenden fiktiven Brief fragt er seinen Namensvetter Karl Marx, ob der Lauf der Geschichte ihm letztendlich Recht geben werde und der Kapitalismus an sich selbst zugrundegehe. Merz dagegen entdeckt in der geäußerten Klage bei den Befragten ei-

nen erheblichen Aufklärungsbedarf – zum einen über den Grundsatz der Gerechtigkeit und zum andern über das Leitbild der sozialen Marktwirtschaft.

Diametral weichen die Gerechtigkeitskonzepte der beiden Autoren voneinander ab. Reinhard Marx ist gleichermaßen von religiös-biblischen Vorstellungen, von der kirchlichen Tradition und von modernen Menschenrechtsideen inspiriert. Er hebt den Aspekt der Beteiligungsgerechtigkeit als fundamentale Strukturnorm einer modernen Gesellschaft hervor. Sie gründet in der moralischen Gleichheit und im Respekt vor der Würde des individuellen Subjekts und bezieht die wirtschaftlich-sozialen Anspruchsrechte und die bürgerlichen Freiheitsrechte ein. Deshalb verletzen materielle Entbehrung, der Verlust wirtschaftlicher Einbindung und der gesellschaftliche Ausschluß inmitten extremen Reichtums die soziale Gerechtigkeit. Sie rechtfertigen den Einspruch der Kirchen sowie den politischen Protest der Bürgerinnen und Bürger.

Friedrich Merz dagegen will der unscharfen Rhetorik des Gerechtigkeitsbegriffs und einer mißverstandenen Verteilungsgerechtigkeit entgehen. Deshalb orientiert er sich zuerst an der antiken Philosophie, nämlich an einer der Metaphern Platons, die Grundnorm der Gerechtigkeit nicht von der wohlgeordneten Stadt, sondern von der Harmonie der Seelenkräfte des Menschen her auszulegen. Folgerichtig steht für ihn die persönliche Tugend der Gerechtigkeit im Vordergrund. Der Mensch wird als eigenverantwortliches und freies Individuum begriffen, die Forderung nach materieller Gleichheit, die ein Minimum der Existenz-

sicherung für die wahrhaft Bedürftigen übersteigt, zurückgewiesen und dem Sozialstaat eine Selbstbeschränkung auferlegt.

Kontrovers ist auch der Zugang zum Leitbild der sozialen Marktwirtschaft. Marx ist davon überzeugt, daß ein funktionsfähiger marktwirtschaftlicher Wettbewerb eigeninteressierte Akteure voraussetzt, die wohlinformiert sind, die Chancen wie Risiken ihrer Entscheidungen klug abwägen und über die hinreichende Leistungs- und Kaufkraft verfügen, daß jedoch vitale Bedürfnisse der Armen und gesundheitlich Beeinträchtigten nicht im Blick sind. Nirgendwo auf der Welt habe sich die freie Marktwirtschaft allein als segensreich für die Armen erwiesen. Der Markt sei auch blind gegenüber jenen außerhalb des Marktes erbrachten Vorleistungen in den Familien, die selbst für dessen Funktionsfähigkeit unverzichtbar sind. So gewährleiste der Sozialstaat gerade den Schutz der Freiheit der schwächeren Mitglieder der Gesellschaft und der abhängig Beschäftigten etwa durch das Mietrecht oder die Tarifaufonomie und das individuelle Arbeitsrecht. Staatliche Interventionen dem Urteil der Marktkonformität zu unterwerfen, sei unangemessen. Ein Kapitalismus, in dem die Kapitalrendite das einzige Orientierungsmerkmal des Marktes sei, wäre keine soziale Marktwirtschaft.

Merz dagegen sieht bereits in der Marktwirtschaft als solcher einen institutionellen Ausdruck der Freiheit. Sie enthalte die Strukturelemente des Privateigentums, der Vertragsfreiheit, des Wettbewerbs und des wertstabilen Geldes. Diese Elemente stimmten auch mit denen des Kapitalismus überein. Das Adjektiv „sozial“ sei ursprünglich für die Bezeichnung der Marktwirtschaft gar nicht vorgesehen gewesen, weil der Wettbewerb allein bereits die soziale Dimension gewährleiste. Denn je mehr Freiheit des Wettbewerbs existiere, um so mehr entstehe soziale Gerechtigkeit. So stimme ein Kapital-

ismus, der den Regeln des Wettbewerbs untersteht, mit der sogenannten „sozialen Marktwirtschaft“ überein.

Weitere Gegensätze stechen ins Auge: Der Buchtitel des Bischofs weckt die Erwartung, daß dieser sich an eine kritische Auseinandersetzung mit der Gesellschaftsanalyse von Karl Marx macht. Diese wird jedoch massiv enttäuscht. Der Titel des Politikers soll provozieren. Die Provokation verdampft jedoch, sobald man entdeckt, wie sehr der Kapitalismus zu einem bloßen ökonomischen Funktionsgerüst reingewaschen und von jenem primären gesellschaftlichen Machtgefälle entleert wird, das in der konzentrierten Verfügungsmacht über die Produktionsmittel gründet. Kapitalismus ist dann bloß noch eine irenisch herausgeputzte Marktwirtschaft, die weniger effizient und dynamisch, ja sogar ärmer wäre, wenn sie ohne den Geldvorschuß des Bankensystems auskommen müßte. Der Münchener Erzbischof ist ganz im katholischen Milieu daheim; Zitate aus päpstlichen Rundschreiben fließen ihm wie selbstverständlich in die Feder, sie bieten ihm scheinbar ein argumentatives Rückgrat. Der CDU-Politiker aus Westfalen dagegen gilt als ein scharfer und entschiedener Querdenker, dessen klare Problemanalysen zwar bestechen, ihn aber auch anecken lassen. Er nimmt es wohl in Kauf, bei Hofe unbeliebt oder ins politische Abseits gedrängt zu werden.

Während Reinhard Marx zögert (und das wohl zu Recht), ob er die über längere Zeit aufgestauten Vorträge, Artikel und Essays, die unterschiedliche Anlässe ahnen lassen, filtern, relativ lose aneinanderreihen und ohne systematische Strenge aufbereiten soll, ist die Streitschrift von Friedrich Merz viel offensiver angelegt und bleibt auch stärker auf einen Brennpunkt konzentriert. Er sucht zunächst die Ausgangsfrage der Gerechtigkeit zu beantworten, dann die Vorbehalte gegen die soziale Marktwirtschaft und den

Neoliberalismus zu entkräften und schließlich über zwei Drittel des Buchs mit hoher fachlicher und politischer Kompetenz die notorischen Problemfelder des unternehmerischen Handelns, der Sozialversicherungen, der Bildung, der öffentlichen Haushalte sowie der Rolle des Parlaments und der Bürgerbeteiligung zu durchleuchten.

Mir ist beim Querlesen der unterschiedlich profilierten Texte eine jeweils besondere Eigenart aufgefallen: Der Bischof zeigt sich stark angerührt von persönlichen Begegnungen. Seine beeindruckende Empathie gilt den Verlierern der wirtschaftlichen Entwicklung, den in ihrer Würde verletzten Arbeitslosen, Hartz IV-Opfern, prekär Beschäftigten und niedrig Entlohnerten sowie den alleinerziehenden Frauen und in Armut lebenden Kindern. Für einen Bischof ungewöhnlich, kann er solche Anzeichen bedrohter Freiheit im Horizont amtlicher Statistiken, sozialwissenschaftlicher Expertisen sowie von Armuts- und Jugendberichten verorten. Die Sorge von Friedrich Merz scheint eher dem schlechten Image des Kapitalismus und der sozialen Marktwirtschaft sowie der bedrohten Freiheit gewerblicher Unternehmer oder einer Mittelschicht zu gelten, die von der kalten Steuerprogression geschlagen ist. Schließlich ist eine stilistische Besonderheit auffällig: Der Bischof verwendet sehr selbstbewußt die „Ich“-Form. Der Politiker dagegen bedient sich bei seinen nachdrücklichen Appellen der einvernehmenden Wendung: „Wir Deutschen“.

Die gleichzeitige Lektüre von zwei derart exponierten Vertretern einer sozioethischen und politischen Reflexion verleitet dazu, die Kontraste stärker zu gewichten als die Berührungspunkte. Ein Blick in die Literaturlisten mag diese Sichtweise bestätigen, denn unter den 98 bzw. 43 Titeln gibt es eine Schnittmenge von nur vier Autoren. Aber die Berührungspunkte der beiden sind nicht zu übersehen, überwiegen stellenweise sogar

deren aufreizende Polarität. Beide neigen dazu, sich einen Traumgegner zu modellieren und daran abzuarbeiten, den es nicht mehr oder jetzt nicht gibt – den real existierenden Sozialismus vor dem Mauerfall oder die außerparlamentarische und später in den Parlamenten vertretene Linke.

Beide verehren die Facetten eines ordoliberalen Leitbilds der Marktwirtschaft, die durch wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und sozialen Ausgleich gekennzeichnet ist. Beide treibt ein vitales Anliegen um, die Wurzeln eines ursprünglich gereinigten Neoliberalismus freizulegen, was überflüssig ist, nachdem die Finanz- und Wirtschaftskrise den skeptischen Stimmen gegenüber dem marktradikalen, wirtschaftsliberalen Hauptstrom Recht gegeben hat. Beide fallen stellenweise in eine tugendethische Reflexion über die Gier der Finanzmanager oder die zivilgesellschaftliche Verantwortung der Unternehmer zurück. Beide liefern sich schließlich einem atemberaubenden Freiheitspathos aus. Der Bischof durchheilt dabei in abenteuerlichem Tempo die abendländische Geschichte, um seine Option argumentativ, wenngleich wenig überzeugend abzustützen, während diese für die kirchliche Sozialverkündigung außerhalb des deutschen Sprachraums eher marginal bleibt. Der CDU-Politiker verdrängt dabei den Neustart der nordrhein-westfälischen CDU aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs und wird den Sozialklauseln des Grundgesetzes nicht hinreichend gerecht. Immerhin – die vergleichende Lektüre der beiden Autoren ist anregend.

Friedhelm Hengsbach SJ

¹ Marx, Reinhard: Das Kapital. Ein Plädoyer für den Menschen. Unter Mitarbeit von Dr. Arnd Küppers. München: Pattloch 2008. 319 S. Gb. 19,95.

² Merz, Friedrich: Mehr Kapitalismus wagen. Wege zu einer gerechten Gesellschaft. München: Piper 2008. 224 S. Gb. 19,90.